

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/025(VI)/17			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 20.10.2017	Hasselbachsaal	15:00Uhr	16:00Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 11. 08. 2017 - öffentlicher Teil T0015/17
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Beschlussvorlagen und Informationen
- 5.1 Haushaltsplan 2018 - Stellenplan 2018 DS0353/17
BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung
- 5.1.1 Haushaltsplan 2018 - Stellenplan 2018 DS0353/17/1
Oberbürgermeister
- 5.1.2 Haushaltsplan 2018 - - Stellenplan 2018 DS0353/17/4
Oberbürgermeister

- | | | |
|-------|--|-----------|
| 5.2 | Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Magdeburg
BE: Bürgermeister | DS0379/17 |
| 5.3 | Innovations- und Gründerpreis
BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit | I0294/17 |
| 6 | Anträge | |
| 6.1 | Neue Formen einer modernen & interaktiven Bürgerbeteiligung für
Magdeburg
Fraktion DIE LINKE/future! | A0119/17 |
| 6.1.1 | Neue Formen einer modernen & interaktiven Bürgerbeteiligung für
Magdeburg
BE: Oberbürgermeister | S0250/17 |
| 7 | Verschiedenes | |

Anwesend:

Vorsitzende/r

Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Hans-Jörg Schuster

Wigbert Schwenke

Reinhard Stern

Andreas Schumann

i.V.f. SR Frank Schuster

Jens Rösler

Christian Hausmann

i.V.f. SR Dr. Grube

Denny Hitzeroth

i.V.f. SR Jens Hitzeroth

Oliver Müller

Jenny Schulz

Olaf Meister

Hugo Boeck

Roland Zander

Geschäftsführung

Andrea Behne

Verwaltung

Dr. Anne Ignatuschtschenko

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Frank Schuster

Dr. Falko Grube

Jens Hitzeroth

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 11. 08. 2017 - öffentlicher Teil Vorlage: T0015/17

Die Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 11. 08. 2017 – öffentlicher Teil – wird von den Mitgliedern des Ausschusses bei 2 Enthaltungen bestätigt.

4. Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt waren keine Bürger anwesend.

5. Beschlussvorlagen und Informationen

5.1. Haushaltsplan 2018 - Stellenplan 2018 Vorlage: DS0353/17

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz und die Leiterin des Fachbereiches 01 Frau Mittendorf teil.

Zur Beratung liegen die Änderungsanträge DS0351/17/1 und DS0351/17/4 des Oberbürgermeisters vor.

Den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses liegen ergänzende Unterlagen zum Stellenplan (Organigramm, Veränderungsliste (Vergleich 2017 zum Entwurf 2018), Zusammenstellung der Stellenanzahl im doppischen Haushalt) vor.

Anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage zur Niederschrift) macht die Leiterin des FB 01 Frau Mittendorf erläuternde Ausführungen zum Stellenplan.

Eingehend auf die **Personalstellenentwicklung seit 2002** führt Frau Mittendorf aus, dass sich ab 2010 ein Stellenmehrbedarf entwickelt hat. Insbesondere begründet sich der Stellenbedarf des Jahres 2015 im verstärkten Flüchtlingszustrom. Für das Jahr 2018 ist jedoch ein geringerer Bedarf zu verzeichnen.

Im Weiteren macht sie Ausführungen zu den **Gründen der Stellenreduzierungen in den Dezernaten** und verweist insbesondere auf zusätzliche Stellen für Auszubildende als Notfallsanitäter.

Zum aktuellen Stand flüchtlingsinduzierter Stellen legt sie dar, dass für das Jahr 2018 insgesamt 99,25 Stellen vorhanden sind und sich darunter 21 befristete Stellen befinden. Diese 21 Stellen laufen im Jahr 2018 aus und ggf. ist hier über eine Entfristung zu entscheiden.

Zur **Übersicht unbesetzter Stellen und Stellen im Besetzungsverfahren** informiert sie, dass aktuell 390 Stellen unbesetzt sind. Davon befinden sich 181 in Bearbeitung und für 109 Stellen wurde das Besetzungsverfahren noch nicht begonnen. Insbesondere merkt sie an, dass laufende Verfahren entsprechend ihrer Priorität abgearbeitet werden. Erste Priorität haben dabei Besetzungsverfahren im Rahmen der Asylthematik.

Zur Personalkostenentwicklung seit 2000 verweist Frau Mittendorf darauf, dass sich diese Zahlen im Haushaltsplanentwurf 2018 wiederfinden. Hinsichtlich der Steigerung der Kosten führt sie aus, dass sich diese in Steigerungen der Besoldung und der Vergütung begründen.

Weiterhin geht sie auf den **Personalkostenanteil an den Gesamtaufwendungen seit 2010** ein und führt aus, dass hieraufgelistet wurde, wie sich die Personalkosten bezogen auf die Gesamtaufwendungen verhalten. Sie äußert ihre Einschätzung, dass diese Darstellung ein positives Zeichen für den verantwortungsvollen Umgang der Verwaltung mit dieser Thematik sei.

Zur Personalkostenbedarfsplanung 2018 gibt sie den Hinweis auf die Ausführungen auf Seite 12 der DS0353/17 zu den Personal- und Versorgungsaufwendungen und merkt an, dass hierfür ein langer Planungsprozess erforderlich war, in dem mit allen beteiligten Bereichen Gespräche geführt wurden. Im Ergebnis aller geführten Gespräche ist festzustellen, dass insgesamt ein Planungsbedarf in Höhe von 162 Mio Euro besteht. Demgegenüber ist im Haushaltsplan die Bereitstellung von Mitteln in Höhe von 152 Mio Euro vorgesehen. Für das nächste Jahr werde versucht, hier einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten, indem eine Einsparung an Personalkosten in Höhe von 10 Mio Euro über 170 ganzjährig freie Stellen erreicht werden soll. Abschließend verweist sie darauf, dass für die **Personalkostenbedarfsplanung 2018** noch Risiken bestehen, die sich zum einen in der Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze in der Sozialversicherung und zum anderen im Ergebnis der neuen Tarifverhandlungen begründen. Beispielhaft benennt sie, dass bei einer 1%igen tariflichen Erhöhung finanzielle Aufwendungen in Höhe von 1 Mio Euro erforderlich werden.

Hinweis: Stadtrat Hans-Jörg Schuster, Fraktion CDU/FDP/BfM, trifft zur Sitzung ein.

In der sich anschließenden Diskussion führt die Fachbereichsleiterin 01 Frau Mittendorf auf Nachfrage des Stadtrates Hitzeroth, SPD-Stadtratsfraktion, aus, dass die tariflichen Steigerungen noch nicht in den Haushalt eingerechnet wurden.

In Beantwortung der Nachfrage des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, führt der Oberbürgermeister aus, dass im Rahmen des Flüchtlingszustroms im Jahr 2015 insgesamt 200 Stellen geplant wurden. Diese wurden in den Stellenplan aufgenommen und entsprechend des Zustroms besetzt. Hinsichtlich der Finanzierung wurde davon ausgegangen, dass seitens des Landes über eine Pauschale für Asylbewerberleistungen finanzielle Mittel hierfür bereitgestellt werden.

Mittlerweile habe sich jedoch die Anzahl der Asylbewerber wieder verringert und auch seitens des Landes wurde die beantragte Übernahme der Finanzierung von 70 Stellen abgelehnt, so dass in diesem Jahr 98 freie Stellen aus dem Haushaltsplan gestrichen wurden.

Zur Thematik Verkehrsüberwachung nimmt Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, Bezug auf den im Stadtrat beschlossenen Antrag A0055/16 seiner Fraktion hinsichtlich des Einsatzes von entsprechender Messtechnik. Er richtet die Frage an den Beigeordneten Herrn Platz, ob vorgesehen sei, ein weiteres Messgerät zu erwerben und entsprechend Personal einzustellen.

Der Beigeordnete Herr Platz verweist darauf, hierzu in der Klausurtagung des Finanz- und Grundstücksausschusses Stellung zu nehmen. Erläuternd verweist er auf die Problematik im Fachbereich 32, dass die erforderlichen Stellen zwar vorhanden sind, sich die Besetzung der Stellen jedoch als problematisch erweist.

Die Leiterin des Fachbereiches 01 Frau Mittendorf merkt ergänzend an, dass bei der Stellenbesetzung nach Priorität 1 - Asyl - nur begrenzter Spielraum für eine Stellenbesetzung bleibt, wenn nicht ausreichend Personal vorhanden ist.

Durch den Oberbürgermeister wird ergänzend auf sich ergebende Schwierigkeiten auf Grund interner Bewerbungen hingewiesen, welche eine Nachbesetzung erforderlich machen. Zudem benötigen Besetzungsverfahren entsprechend Zeit.

In Beantwortung der Nachfrage des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, zur derzeitigen Darstellung der Stellenbesetzungssituation in der Verwaltung führt der Oberbürgermeister aus, dass ihm keine großen Schwierigkeiten bekannt sind. Noch gibt es ausreichend Bewerber, jedoch habe sich die Anzahl an Bewerbern in den letzten Jahren reduziert. Ebenso so sei auch ein qualitativer Rückgang zu verzeichnen.

Ergänzend führt der Beigeordnete Herr Platz aus, dass noch vor 10 Jahren 1000 Bewerbungen auf 50 Auszubildendenstellen vorlagen. Die derzeit noch einige Hundert eingehenden Bewerbungen sieht er als noch ausreichend, jedoch zeige auch hier der demographische Wandel Auswirkungen.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, unterbreitet den Vorschlag, zur Klausurtagung des Finanz- und Grundstücksausschusses am 17. 11. 2017 ein graphische Darstellung vorzulegen, mit der die Entwicklung der Personalkosten im Verhältnis zu Lohnsteigerungen aufgezeigt werden. Klarstellend ergänzt der Oberbürgermeister, dass eine Darstellung der Personalkosten ohne Lohnsteigerungen gemeint ist.

Die Leiterin des Fachbereiches 01 informiert, dass im Fachbereich Zahlen zu mittleren Personalkosten pro Stelle sowie Zahlenmaterial hinsichtlich der tariflichen Steigerungen vorliegen.

Bezug nehmend auf die DS0308/17 – Neuausrichtung Telemann-Pflege/Nachhaltigkeit der Telemania – geht Stadtrat Rösler auf die hier getroffene Aussage zur Einrichtung von vier Personalstellen ein. Er legt dar, dass dies in seiner Fraktion kritisch gesehen wird und fraglich sei, ob diese vier Stellen wirklich gebraucht werden. Er kündigt an, dass sich seine Fraktion bei der Abstimmung zur Drucksache im Stadtrat am 09. 11. 2017 enthalten wird.

Hierzu merkt der Oberbürgermeister an, dass, wenn der Stadtrat dem nicht zustimmt, die Stellen auch nicht besetzt werden.

Stadtrat Rösler gibt den Hinweis auf die Einbringung eines entsprechenden Änderungsantrages,

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, merkt an, die Aussage hinsichtlich der jetzt eingeführten Ausbildung von Notfallsanitätern zur Kenntnis zu nehmen und hinterfragt das Verfahren hierfür.

Weiterhin verweist er auf eine Stellungnahme der Verwaltung, in der die Erforderlichkeit weiterer Stellen bei der Feuerwehr dargelegt wurde und hinterfragt den Sachstand.

Eingehend auf die personelle Situation der Bürgerbüros wirft er die Frage auf, ob seitens der Verwaltung der Bedarf gesehen wird, weitere Einstellungen vorzunehmen.

In Beantwortung der Nachfragen verweist der Beigeordnete Herr Platz hinsichtlich des Personals in den Bürgerbüros vor allem auf die Notwendigkeit zur Senkung des Krankenstandes. Derzeit werde eine detaillierte Erfassung vorgenommen. Problematisch dabei sei die Anzahl von Langzeiterkrankungen. Er versichert, dass alle Anstrengungen unternommen werden, hier eine Lösung herbeizuführen. Als eine weitere Lösungsmöglichkeit für die Verbesserung der personellen Situation sieht er auch die Reduzierung der Standorte.

Bezüglich der Öffnungszeiten der Bürgerbüros merkt er an, dass diese nicht der personellen Situation geschuldet sind, sondern dem Bedarf gerecht werden.

Er gibt den Hinweis, dass zur Thematik eine Information (I0218/17 – Information zur Neuausrichtung der städtischen Bürgerbüros) im Stadtrat am 09. 11. 2017 vorgelegt wird.

Zur Thematik Feuerwehr informiert die Fachbereichsleiterin Frau Mittendorf, dass hier in den vergangenen drei Jahren insgesamt 22 Stellen zugeführt wurde und dieser Prozess jetzt abgeschlossen sei. Sie macht jedoch auf die Problematik aufmerksam, dass die Stellen nur zögerlich besetzt werden können. Als Gründe hierfür benennt sie, dass nur wenige geeignete Fachleute auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und auch die Ausbildung einen gewissen Zeitraum in Anspruch nimmt. Zudem ergibt sich auch eine Verzögerung der Stellenbesetzung von sieben Stellen auf Grund von Konkurrentenklagen.

Zur Ausbildung der Notfallsanitäter informiert sie, dass diese im Zusammenwirken mit einem externen Partner erfolgt. Die praktische Ausbildung erfolgt durch die Verwaltung.

Stadtrat Zander, Fraktion Magdeburger Gartenpartei, nimmt Bezug auf im Fachbereich 32 einzustellendes Personal und stellt fest, dass im Stellenplan hierfür nur zwei Stellen vorgesehen sind. Mit Hinweis auf eine Presseveröffentlichung, in der 15 Stellen benannt werden, hinterfragt er den Sachstand.

Der Oberbürgermeister gibt den Hinweis, dass diese 15 Stellen definitiv im Stellenplan aufgenommen wurden.

Ergänzend bestätigt der Beigeordnete Herr Platz, dass diese Stellen zur Stärkung des Stadtordnungsdienstes Bestandteil des Stellenplanes sind, unter der Maßgabe der Polizei, ebenfalls entsprechend Personal für eine aufzubauende Stadtwache einzustellen.

Im Weiteren verweist er auf sich ergebende Probleme als Folge des massiven Rückzugs der Polizei in der Zusammenarbeit. Er informiert, dass diesbezügliche Gespräche mit dem Innenministerium aufgenommen wurden. Seitens des Ministeriums sei noch eine gewisse Distanz zu verzeichnen, der Vorschlag zum Aufbau der Stadtwache wurde jedoch positiv aufgenommen. Eine Rückmeldung seitens des Ministeriums steht aber noch aus.

Der Beigeordnete Herr Platz macht erläuternde Ausführungen hinsichtlich der gemeinsam durchgeführten Streifengänge von SOD und Polizei und trifft die Feststellung, dass diese in der Öffentlichkeit mehr wahrgenommen werden und eine entsprechende Wirkung erzielt werden konnte.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, wirft die Frage hinsichtlich der Darstellung der Situation der Beamten in der Stadtverwaltung auf und ob in den kommenden Jahren ein Rückgang der Beamtenstellen zu erwarten sei.

Der Oberbürgermeister legt dar, dass kein Rückgang, aber auch kein dramatischer Anstieg zu erwarten ist. Er gibt den Hinweis, dass ausgeschiedene Beamte über die Versorgungskasse, in die zuvor durch die Stadt eingezahlt wurde, finanziert werden. Die Leiterin des Fachbereiches 01 Frau Mittendorf verweist auf die in Sachsen-Anhalt geltende Zwangsmitgliedschaft von Kommunen in der Versorgungskasse.

Abschließend macht der Oberbürgermeister erläuternde Ausführung zum vorliegenden Änderungsantrag DS0353/17/4 und stellt die Änderungsanträge sowie die DS0353/17 zu Abstimmung.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 11 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat, den Änderungsantrag DS0353/17/1 des Oberbürgermeisters in seiner Sitzung am 12. 11. 2017 zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 10 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen dem Stadtrat, den Änderungsantrag DS0353/17/4 des Oberbürgermeisters in seiner Sitzung am 11. 12. 2017 zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 5 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 8 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0353/17 unter Beachtung der Änderungsanträge DS0353/17/1 und DS0353/17/4 des Oberbürgermeisters in seiner Sitzung am 11. 12. 2017 zu beschließen.

5.2. Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse
Magdeburg
Vorlage: DS0379/17

Zu diesem Tagesordnungspunkt besteht kein Diskussionsbedarf.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, die DS0379/17 in seiner Sitzung am 09. 11. 2017 zu beschließen.

5.3. Innovations- und Gründerpreis
Vorlage: I0294/17

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter Team 1 – Akquise – im Dezernat III Herr Böttcher teil.

Zu diesem Tagesordnungspunkt besteht kein Diskussionsbedarf.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

6. Anträge

6.1. Neue Formen einer modernen & interaktiven Bürgerbeteiligung
für Magdeburg
Vorlage: A0119/17

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr (Bg VI) Herr Dr. Scheidemann und der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz teil.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, spricht seinen Dank für die vorliegende Stellungnahme aus merkt jedoch kritisch an, dass die Darlegungen nicht Ziel des Antrages sind. Klarstellend führt er aus, dass aus Sicht seiner Fraktion Zielstellung sei, zukünftig für die GWA-Arbeit neue Regelungen zu finden. Seiner Fraktion fehle hier die Vorausschau in die Zukunft. Unter Benennung des Beispiels GWA Sudenburg vertritt er die Auffassung, dass gerade bei den Rahmenbedingungen hinsichtlich der Verfügungsfonds Verbesserungen vorgenommen werden müssen. Er kündigt an, ggf. zur Sitzung des Stadtrates einen konkreter formulierten Antrag vorzulegen.

Der Oberbürgermeister zitiert aus dem Antragstext hinsichtlich seiner beantragten Beauftragung zur Bürgerbeteiligung und stellt fest, dass diese bereits umgesetzt wird und in Teilen neue kreative Ideen dargestellt wurden und die Bürgerbeteiligung in Magdeburg als zufriedenstellend angesehen werden kann.

Der Beigeordnete I Herr Platz vertritt die Auffassung, dass bei der speziellen Thematik GWA konkrete Aussagen getroffen werden müssen, was gewollt sei. Er legt dar, dass in der Stellungnahme auf das Bürgerpanel verwiesen wird und der konkrete Vorschlag unterbreitet wurde, zur weiteren Entwicklung durch den Stadtrat eine Bürgerbefragungssatzung zu beschließen.

Hierbei handelt es sich um einen konkreten Vorschlag, der durch den Stadtrat aufgegriffen werden könne oder nicht.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, unterstützt die Ausführungen des Beigeordneten I und legt seine Auffassung dar, dass er die Problematik der GWAs nicht aus dem Antrag herauslesen kann. Er bestätigt die Problematik der Antragstellungen und Abrechnungen für GWA-Leistungen verweist jedoch darauf, dass diese Problematik nicht durch den Antrag abgedeckt wird. Eingehend auf die vorliegende Stellungnahme bezeichnet er sie als teilweise sehr ausführlich. Insbesondere spricht er sich jedoch dafür aus, zunächst abzuwarten, welche gesetzlichen Regelungen sich durch die Novellierung des KVG LSA zur Bürgerbeteiligung ergeben. Stadtrat Rösler vertritt die Auffassung, dass ein Zuviel an Bürgerbeteiligung am politischen Geschehen kontraproduktiv sein kann. Es müssen nicht noch mehr zusätzliche Beteiligungen erfolgen, sondern eher die bisherigen konzentriert werden.

Stadträtin Schulz, Fraktion DIE LINKE/future!, führt aus, die Darlegungen der Stellungnahme mit Interesse zur Kenntnis genommen zu haben. Eingehend auf das Bürgerpanel wirft sie die Frage auf, wie diese Methode publik gemacht wird, dass die Bürger diese auch wahrnehmen können. Ihr selbst sei sie nicht bekannt gewesen.

Der Beigeordnete VI Herr Dr. Scheidemann geht auf die Thematik der Bürgerbeteiligung in die Stadtplanung ein und legt dar, dass in anderen Städten Informationen eingeholt wurden, wie die Bevölkerung in die Stadtplanung integriert werden kann. Insbesondere merkt er an, dass zu viel Bürgerbeteiligung, z.B. bei Planfeststellungsverfahren oder Bauleitplanverfahren, diese Verfahren angreifbar machen. Er legt seine Auffassung dar, dass sein Dezernat zur Thematik GWAs gut aufgestellt sei. Wenn Probleme auftreten, gibt es entsprechende Nachfragen im Dezernat. Insbesondere merkt er an, dass hierfür zwar immens Personal gebunden wird, ein Änderungsbedarf aber von ihm nicht gesehen wird.

Bezug nehmend auf die Thematik Klimaschutz verweist der Beigeordnete I Herr Platz darauf, dass es sich hierbei um eine freiwillige Aufgabe der Stadt Magdeburg handelt, bei der eine Bürgerbeteiligung vorgenommen wird. Er bietet an, in den Fraktion über diese Thematik weiter zu informieren.

Auf Nachfrage des Stadtrates Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hinsichtlich möglicher Vorbilder für den Vorschlag zur Erstellung einer Bürgerbefragungssatzung, merkt Herr Platz an, davon auszugehen, dies aber prüfen zu lassen.

Stadtrat Schumann, Fraktion CDU/FDP/BfM, informiert über die im Rahmen der Novellierung des KVG LSA beim Land eingesetzte Enquete-Kommission, in der entsprechende Vorschläge für die Novellierung erarbeitet wurden. Er bietet an, bei Interesse den Bericht der Kommission, welcher zunächst im Innenministerium vorgelegt wird, zur Verfügung zu stellen.

Der Oberbürgermeister berichtet über die von ihm gemachte Erfahrung, dass Bürger sich zumeist bei solchen Themen beteiligen, von denen sie selbst betroffen sind. Ebenso werde auf Nachfrage dann auch zumeist eine Beteiligung der Bürger als nicht ausreichend angesehen, Vorschläge für Veränderungen werden aber nicht gemacht.

Beispielhaft das Thema städtebauliches Konzept Heumarkt benennend verweist Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, auf das zunächst geringe Bürgerinteresse und merkt an, dass sich erst nach entsprechender Berichterstattung der Medien die Beteiligung erhöht hat.

Hinsichtlich der Thematik GWAs sieht Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, die Möglichkeit, im Stadtrat einen entsprechenden Änderungsantrag einzubringen. Eingehend auf die Arbeit der GWAs sieht er die Form der Wertschätzung als sehr wichtig an und legt seine Auffassung dar, dass dies seitens der Stadt bereits sehr gut gemacht werde.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, stimmt dieser Aussage zu und verweist darauf, dass hierzu auch keine entsprechende Kritik geäußert wurde.

Für ihn sei jedoch wichtig zu klären, wie damit umgegangen wird, wenn sich keine Bürger mehr für eine Mitarbeit in den GWAs zur Verfügung stellt. Hierzu müssen Überlegungen angestellt werden, wie die Bürger erreicht werden können und ob z.B. die Zeitung das richtige Medium dafür ist.

Der Oberbürgermeister macht darauf aufmerksam, dass für eine umfassende Bürgerbeteiligung viel Zeit investiert werden muss. Diese Zeit können oder wollen die meisten Bürger nicht aufbringen. Abschließend äußert er die Bereitschaft, über weitere Vorschläge der Bürgerbeteiligung reden zu wollen.

Im Ergebnis der Diskussion stellt der Oberbürgermeister den Antrag A0119/17 zu Abstimmung.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0119/17 der Fraktion DIE LINKE/future! in seiner Sitzung am 09. 11. 2017 zu beschließen.

6.1.1. Neue Formen einer modernen & interaktiven Bürgerbeteiligung für Magdeburg Vorlage: S0250/17

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme zur Kenntnis.

7. Verschiedenes

7.1. Runder Tisch für Neue Neustadt

Zur Nachfrage des Stadtrates Zander, Fraktion Magdeburger Gartenpartei, hinsichtlich des Sachstandes zur Einrichtung des o.g. Runden Tisches informiert der Beigeordnete I Herr Platz, dass im November hierzu ein erster Termin stattfinden wird.

Stadtrat Zander verweist darauf, dass sich in diesem Stadtteil an der bestehenden Situation nichts geändert hat.

Hierzu merkt der Beigeordnete Herr Platz an, die Erwartung, dass die hier lebenden Rumänen den Stadtteil verlassen, nicht erfüllen zu können.

Der Oberbürgermeister führt aus, dass sich mit der nicht einfachen Problematik bereits seit einem ¾ Jahr befasst wird. Für eine Änderungssituation würden Eingriffsrechte, wie z.B. für ein Vorgehen gegen Überbelegung von Wohnungen, gebraucht, die es in Sachsen-Anhalt nicht gibt. Die Grundlagen für ein entsprechendes Gesetz sollen aber jetzt geschaffen werden.

Im Weiteren legt er dar, dass die Zuzüge weiter anhalten und die Zahl der rumänischen Bürger weiter anwächst. Hierzu wurde gestern von ihm ein Gespräch mit den Eigentümern geführt und es werde intensiv daran gearbeitet, alle Facetten abzuklären. Insbesondere merkt er an, dass es keine schnelle Lösung geben wird.

Stadtrat Zander äußert kritisch, dass es nicht sein könne, dass täglich durch die Stadt die verursachten Verunreinigungen der Straßen entfernt werden, aber keine Lösung hierfür gefunden wird. Er merkt an, dass Bewohner des Stadtteiles eine größere Präsenz des Stadtordnungsdienstes erwarten.

Der Beigeordnete Herr Platz führt hierzu aus, dass die Forderung eines regelmäßigen Einsatzes des Stadtordnungsdienstes nicht leistbar ist. Ergänzend verweist der Oberbürgermeister darauf, dass nach 23.00 Uhr kein Personal zur Verfügung steht, da es hier entsprechende vertragliche Regelungen gibt.

Der Beigeordnete VI Herr Dr. Scheidemann informiert, ebenfalls mit etlichen Eigentümern Gespräche geführt zu haben. Es werden auch weiterhin Gespräche geführt, so z.B. hinsichtlich der Vorstellungen der Eigentümer zur Zukunft der Gebäude. Insbesondere stellt er klar, dass keine Aussage getroffen werden könne, es werde nichts getan. Eine derartige Aussage widerspreche auch den Aktivitäten der verantwortlichen Mitarbeiter seines Dezernates.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, nimmt Bezug auf einen Artikel des „Stern“ in dem über eine ähnliche Situation in der Stadt Duisburg berichtet wird. Er wirft die Frage auf, ob seitens der Stadt mit der Stadt Duisburg Kontakt hinsichtlich eines Erfahrungsaustausches besteht.

In Beantwortung der Nachfrage informiert der Oberbürgermeister über bestehende Kontakte zum Land Nordrhein-Westfalen, da in diesem Bundesland entsprechende gesetzliche Regelungen bestehen. Er verweist darauf, dass auch vom Land Sachsen-Anhalt ein entsprechender Gesetzesentwurf erarbeitet wird, der dem Landtag vorgelegt wird.

Im Weiteren bestätigt er bestehende Kontakte zur Stadt Duisburg und informiert, dass sein persönlicher Referent zu einem Erfahrungsaustausch nach Duisburg fahren wird.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin